

Kulturentwicklungsplanung vom Kopf auf die Füße stellen

11 Thesen zur Kulturpolitik in Frankfurt (Oder)

von

Jörg Gleisenstein, Stadtverordneter

Alena Karaschinski, Sprecherin Bündnis 90/Die Grünen Frankfurt (Oder), Aufsichtsratsmitglied MuV GmbH

Michael Kurzwelly, freischaffender Künstler, Sachkundiger Einwohner im Kulturausschuss

1. Im Sommer dieses Jahres fand ein Workshop-Prozess zur Kulturentwicklungsplanung statt. Diese neuartige partizipative Herangehensweise an die Kulturentwicklungsplanung wurde von Bündnis 90/Die Grünen unterstützt. Die Ergebnisse bilden eine sehr gute Grundlage für die Fortschreibung der Kulturentwicklungsplanung. Die dort erarbeitete Vision sollte Leitplanken für alle kulturpolitischen Entscheidungen in der Zukunft darstellen. Wir danken Janine Nuyken und ihrem Team von der Universität für die im Workshop geleistete erfolgreiche, professionelle und zukunftsweisende Arbeit.
2. Dieses partizipative Verfahren hat gezeigt, dass auch im Kulturbereich eine noch bessere Vernetzung aller Akteure und Institutionen sinnvoll ist. Wir schlagen deshalb dem Oberbürgermeister vor, einen solchen Kulturworkshop mit klar umrissener Zielstellung und professioneller Moderation einmal jährlich durchzuführen.
3. Die Diskussion um die Kulturentwicklungsplanung muss öffentlich stattfinden. Vorfestlegungen und Absprachen in Hinterzimmern sind nicht nur undemokratisch, sondern führen auch nicht zu den besten, breit akzeptierten Ergebnissen.
4. Die Institutionen und Akteure im Kulturbereich leisten schon heute bei sehr knappen finanziellen Möglichkeiten zum Teil herausragende, auch weit außerhalb Frankfurts wahrgenommene Arbeit. Finanzielle Kürzungen in den einzelnen Institutionen können deshalb nur zum Abbau von kulturellen Angeboten führen und die in Jahrzehnten gewachsene kulturelle Landschaft gefährden.
5. Das Land will nicht an der Kultur sparen. Dies zeigen zum Beispiel die Neuverhandlungen zum Theater- und Konzertverbund. Dieses Signal gilt es aufzunehmen: das Land darf nicht aus seiner Pflicht zur Förderung von Kultur, entlassen werden. Einsparungen im kulturellen Angebot in Frankfurt (Oder) dürfen nicht zur Haushaltskonsolidierung des Landes herangezogen werden. Entsprechende Vorschläge müssen deshalb vorher intensiv mit dem Innen-

und dem Kulturministerium des Landes gemeinsam diskutiert werden. Dies betrifft insbesondere die Finanzierung der großen Institutionen Staatsorchester und Kleistforum.

6. Kultur und kulturelle Bildung sind für Bündnis 90/Die Grünen in Frankfurt (Oder) keine freiwillige Leistung, sondern eine Pflichtaufgabe. Kulturförderung ist eine der wesentlichen städtischen Aufgaben, die weit über den engen Kulturbegriff hinausgeht. Hier geht es um Raum für Kreativität, Selbstverwirklichung und um das Selbstverständnis der Stadt. Deshalb müssen wir die Diskussion vom Kopf auf die Füße stellen. Einsparmöglichkeiten sehen wir nicht im Angebotsbereich. Die diskutierten Beispiele können eine selbsterstörerische Wirkung entfalten und die Akteure in der gesamten Kulturszene weiter demotivieren.
7. Trotzdem verschließen wir uns nicht generell Einsparungen im Kulturbereich. Wir sind überzeugt, dass es hier Möglichkeiten gibt. Dies gilt vor allem für Organisation, Management und Marketing. Hier könnten Synergien genutzt werden und in einer Organisation zusammengefügt werden. Die erfordert die freiwillige und motivierte Zusammenarbeit der kulturellen Akteure, welche einer intensiveren Förderung bedarf.
8. Kultur findet nicht nur in verschiedenen Häusern statt, sie wird auch in verschiedenen Gebäuden verwaltet. Die Konzentration der Verwaltung auf weniger Standorte kann es möglich machen, dass insgesamt weniger Gebäude bewirtschaftet werden müssen. Diese Möglichkeit muss intensiv geprüft werden.
9. Die Zusammenarbeit mit Słubice zu intensivieren, ist eine der wichtigsten Aufgaben gerade im Kulturbereich. Wenn Frankfurt und Słubice sich gemeinsam als europäische Doppelstadt definieren, dann muss sich das auch in der Gestaltung des kulturellen Angebotes und der Strukturen des gemeinsamen Kulturbetriebes widerspiegeln. Die kulturellen Einrichtungen Frankfurts sind auch für die Słubicer da und umgekehrt, dem sollten die kulturellen Einrichtungen in Zukunft Rechnung tragen.
10. Wir geben jedes Jahr mehr Geld für Energie (Strom und Wärme) aus, 2008 über 3 Mio. Euro für alle städtischen Gebäude. Diese Kosten werden kaum hinterfragt. Energiemanagement ist vielfach noch ein Fremdwort. Wir fordern deshalb ein zügiges und ambitioniertes Energiemanagement für alle städtischen Gebäude. Die Ressource Energieeinsparung wird in Frankfurt (Oder) auch zur Haushaltskonsolidierung noch viel zu wenig genutzt.
11. Bündnis 90/Die Grünen halten die so genannte freie Szene für genauso unterstützenswert wie die institutionell geförderten Akteure. Die freie Szene birgt kreatives Potential, welches in unserer Stadt zu wenig Möglichkeiten zur Entfaltung gegeben wird. Gerade ihr gelingt es - oft bei geringem Mitteleinsatz und auch viel ehrenamtlicher Arbeit - Veranstaltungen, Künstler etc. in die Stadt zu holen, die sonst nicht gekommen wären. Dabei mobilisieren sie auch überdurchschnittlich viele Drittmittel von staatlichen Institutionen, Stiftungen oder Verbänden. Die integrative Wirkung von Engagement in kulturellen Projekten wird noch immer unterschätzt. Wir sehen hier die Chance, insbesondere jungen Menschen, aber auch der wachsenden Gruppe der aktiven SeniorInnen ein Angebot zur Selbstverwirklichung und damit zur Verbundenheit mit unserer Stadt zu geben. Deshalb fordern wir die Aufstockung der Mittel für die Projektförderung (derzeit 79.000 Euro) und die Ausweitung der Beratung und Unterstützung von Antragstellern (Fördermittelakquise etc.) im Kulturbüro. Des Weiteren fordern wir die Prüfung von Möglichkeiten zur Vorfinanzierung von Projekten, damit Drittmittel zum Beispiel von der Euroregion auch von der Freien Szene eingeworben werden können.